

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Ettlinger Zeitung. 1949-1973 1952**

52 (1.3.1952)

# ETTLINGER ZEITUNG

Anzeigenpreis: Die 6-gespaltene Millimeterzeile 15 Pf. — (Preisliste Nr. 3.) (Tel. aufgeb. Insurate ohne Gewähr.) Abbestellungen können nur bis 25. auf den Monatsraten angenommen werden.

Badischer Landsmann  
gegründet 1898



Süddeutsche Heimatzeitung  
für den Albgau

Erscheinungsweise: Tägl. mittags außer sonntags. — Durch die Post 2.50 DM, zuzüglich 54 Pf. Zustellgeld. — Einzelnummer 15 Pf., samstags 20 Pf. — Frei Haus 2.80, im Verlag abgeholt 2.50 DM

4./53. Jahrgang

Samstag, den 1. März 1952

Str. 52

## Wieder Deutsche auf Helgoland

Die ersten Vorkommandos eingetroffen  
Cuxhaven (UP). Am Freitag nachmittag crafen nacheinander etwa 10 Schiffe im Südhafen von Helgoland ein, darunter Boote der Wasserschutzpolizei „Jul“ mit Proviant für 80 Personen auf vier Wochen und einem ersten 100 000 Liter Wassertank. Zwei Schiffe enthalten noch Nagel angefangen bis zur fertigen Baracke Wiederaufbaumaterial der verschiedensten Art. Mit dem Sekretärboot „Hindenburg“ kamen 31 Architekten und Bauarbeiter auf der Insel an.

Im Morgengrauen des 1. März schifften sich im Hafen des kleinen holsteinischen Fischerorts Büsum zahlreiche Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens ein, um an dem Festakt der schleswig-holsteinischen Landesregierung teilzunehmen, der anlässlich der Rückgabe Helgolands auf dem verwüsteten Inselboden in der Mittagsstunde stattfindet. Den Schiffen folgten einige Schnellboote der schleswig-holsteinischen Wasserschutzpolizei und auch zahlreiche Fischkutter der Helgoländer, die an dem historischen Augenblick teilnehmen wollen, an dem deutsche Fahnen wieder über der Insel wehen.

Drei Vertreter von Hamburger Hartstein- und Kalksteinwerken übergaben dem schleswig-holsteinischen Ministerpräsidenten Lübke eine Spende von 250 000 Kalksandsteinen, die für den Wiederaufbau Helgolands bestimmt sind.

Ein Sprecher der „Aktion Helgoland e. V.“ teilte mit, daß am Samstag 50 Kutter mit ihren Besatzungen von Dornum aus nach dem großen Knechtsteden auslaufen werden, um dort gegen dessen Verwendung als Bombenziel zu protestieren.

Drei Handgranaten wurden von arabischen Nationalisten in Tunis geworfen. Es soll schwerer Schaden entstanden sein. Ein Streik der Arbeiter- und Kaufmannsgewerkschaften verlief ohne Zwischenfälle.

Das neue deutsche Segelschiff „Pamir“ hat nach seiner ersten Atlantiküberquerung im Hafen von Rio de Janeiro Anker geworfen.

Ägypten hat in einer Note an die USA seine Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit dem Ziel der Wahrung des Weltfriedens ausgedrückt.

## Neue Regierungskrise in Frankreich

Kabinet Faure zurückgetreten — Reynaud soll Regierung bilden

Paris (UP). Der französische Ministerpräsident Edgar Faure trat am Freitag zurück, nachdem er in der Nacht in der Nationalversammlung bei der Vertrauensfrage überstimmt worden war. Staatspräsident Auriol nahm den Rücktritt des Kabinetts nur zögernd an. Auriol hatte zunächst nach Mitteln und Wegen gesucht, den Ministerpräsidenten entgegen den Gepflogenheiten im Amt zu behalten.

Der ehemalige französische Ministerpräsident Paul Reynaud hat einer Einladung des Staatspräsidenten entsprochen und sich bereit erklärt, den Versuch einer Regierungsbildung zu unternehmen. Der 73 Jahre alte unabhängige Republikaner will am Samstag seine Konsultationen mit den verschiedenen Parteien beginnen. Reynaud hatte sich gerade auf einer Geschäftsreise in Oxford befunden, als der Ruf des Staatspräsidenten an ihn erging. Wenige Stunden später fuhr er vor dem Elysee-Palast vor, um nach dreiviertelstündiger Unterredung mit Auriol den gespannt wartenden Pressevertretern mit einem breiten Lächeln zu erklären, daß er entschlossen sei, sich an der schwierigen Aufgabe der Regierungsbildung in Frankreichs schwerster Nachkriegskrise zu versuchen.

Reynauds Bemühungen werden wahrscheinlich darauf hinauslaufen, eine Regierung der nationalen Einheit zu bilden. Sein Erfolg hängt davon ab, ob die Gaullisten bereit sind, ihre bisherige Haltung aufzugeben, und sich an einer Koalitionsregierung zu beteiligen, deren Schwerpunkt gegenüber der Vorgängerin noch weiter nach rechts verlagert werden würde.

Die seit fünf Wochen amtierende Koalitionsregierung Faures — das 14. Kabinet der vierten Republik — mußte zurücktreten, nachdem sich selbst ein großer Teil der Abgeordneten der Regierungskoalition geweigert hatte, der von der Regierung zum Ausgleich des Budgets geforderten 15prozentigen Steuererhöhung zuzustimmen. Über diese Steuererhöhung wurde im Zusammenhang mit den von Faure gestellten 29 Vertrauensfragen abgestimmt. 28 Abgeordnete der Radikalen Partei, der Faure selbst angehört, und 64 Abgeordnete anderer Koalitionsparteien stimm-

ten gegen die Regierung, so daß ein Abstimmungsergebnis von 309 zu 283 gegen die Steuervorlage zustandkam. Obwohl die Nationalversammlung der Regierung nach der Verfassung nur mit absoluter Mehrheit — das heißt mit 313 von insgesamt 625 Stimmen — das Vertrauen entziehen kann, ist Faure zurückgetreten, da es üblich ist, daß eine Regierung bereits dann ein Mißtrauensvotum als gegeben ansieht, wenn es mit einfacher Mehrheit ausgesprochen wurde.

Noch unmittelbar vor der verhängnisvollen Abstimmung hatte Faure an die Abgeordneten appelliert und sie daran erinnert, daß sein Amtsvorgänger Flévier gestürzt worden sei, weil er eine 10prozentige Steuererhöhung forderte. Er betonte dabei mit allem Nachdruck, daß der Haushaltsplan der Regierung ohne eine 15prozentige Steuererhöhung nicht ausgeglichen werden könne. Wörtlich hatte Faure hinzugefügt: „Eine neue Regierungskrise wird überhaupt nichts lösen. Mein Nachfolger wird nur gezwungen sein, eine 20prozentige Steuererhöhung oder vielleicht sogar noch mehr zu fordern.“

Das noch bis zur Bildung einer neuen Regierung amtierende Kabinet Faure beschloß in seiner Sondersitzung Notmaßnahmen zur Sicherstellung der Finanzierung der Staatsverwaltung bis zur Überwindung der gegenwärtigen Krise. In Anwesenheit von Staatspräsident Auriol wurde eine Vorlage für die Nationalversammlung ausgearbeitet, nach der die Bank von Frankreich ermächtigt werden soll, dem Schatzamt einen Sonderbetrag von 25 Milliarden frs. zur Verfügung zu stellen. Damit würde die der Bank von Frankreich vorgeschriebene Höchstgrenze für den Geldumlauf von 175 auf 200 Milliarden frs. erhöht werden. Auf dem freien Geldmarkt hat der französische Franc am Freitag einen Tiefstand erreicht. Der freie Kurs betrug 432 frs. für einen US-Dollar. (Das entspricht etwa dem Verhältnis 1 Franc = 1 D-Pfennig.) Die Nationalversammlung hat diesen Gesetzentwurf mit 408 gegen 101 Stimmen angenommen.

### Gefahr für die NATO?

In Londoner politischen Kreisen erblickt man im Sturz Faures eine ernsthafte Gefahr für die Durchführung der Beschlüsse der Lissaboner Konferenz der NATO. Gut unterrichtete Beobachter sind der Ansicht, daß die Aussichten für die weitere Fortführung der Politik Faures in der Frage der Europa-Armee gering sind. Die Abstimmung spiegelt die tiefe Unzufriedenheit zahlreicher französischer Abgeordneter der Regierungsparteien, die mit den französischen Zugeständnissen Deutschland gegenüber nicht einverstanden sind, wider. Man glaubt in London, daß eine neue französische Regierung gewisse Gegner der Europa-Armee einschließen werde — womit die Lissaboner Beschlüsse hinfällig würden. Die Abstimmungsniederlage und der Rücktritt der Regierung Faure hat in Bonn nicht überrascht. Sachkundige Beobachter glauben, daß es noch „ein paar Zwischenregierungen“ geben werde, ehe General de Gaulles Sammlungsparade ans Ruder kommt.

### Schwierigkeiten im Wiener Kontrollrat

Schlappreden am laufenden Band  
Wien (UP). Walter Dowling, amtierender US-Hochkommissar in Österreich, sagte vor dem alliierten Kontrollrat in Wien, daß die Viermächte-Beratungen einen „neuen Tiefstand“ erreicht hätten. Es sei mehr als bedauerlich, daß man im Kontrollrat nicht einmal über Dinge wie etwa die Einrichtung einer neuen Fernsprechnetzleitung sprechen könne, ohne zuhören zu müssen, daß eine oder alle Westmächte mit „wahren Schlappreden“ überzogen werden. Der amerikanische Sprecher fügte hinzu, es sei seine Pflicht, die so weltliche Delegation auf die „möglichen gefährlichen Auswirkungen“ der Politik hinzuweisen, zu der sie sich entschlossen zu haben scheine.

Der stellvertretende sowjetische Hochkommissar Generalmajor Kraskewitsch hatte vorher mit allem Nachdruck die Zustimmung zur Bildung von österreichischen Segelfliegerklubs abgelehnt. Er bezeichnete diese Klubs als „Deckorganisationen“ für eine „neue österreichische Luftwaffe“, die „nicht nur von ehemaligen deutschen Offizieren, sondern sogar von bekannten Nazis“ geleitet werden solle. Auch ein Vorschlag zur Einrichtung einer neuen Fernsprechnetzleitung zwischen Deutschland und Österreich wurde von der sowjetischen Delegation abgelehnt. Sie begründete ihre Haltung damit, daß die Schaffung derartiger Verbindungen nichts anderes sei als der „Vorboten eines neuen Anschlusses“. Der sowjetische Sprecher behauptete außerdem, daß Österreich bereits Rohstoffe und Energie für das „Rüstungsprogramm des Atlantikpaktes“ liefere.

Der britische Hochkommissar Sir Harold Caccia wies die sowjetischen Anschuldigungen gegen die Segelfliegerklubs scharf zurück und stellte in seinen Ausführungen u. a. fest, daß Großbritannien bereits gegen die Nazis gekämpft habe, als die Sowjetunion noch mit den Nazis alliiert war.

## Die „Kriegsverbrecher“

Von Heinz Hartmann

Hoffentlich bald wird eine Behörde ihre Arbeit aufnehmen, die, obwohl sie sich mit reinen Rechtsfragen befassen muß, mit so vielen Ressentiments und Gefühlen verschiedenster Art zu kämpfen haben wird, wie kaum eine andere in der an Spannungen nicht gerade armen Nachkriegszeit: Die paritätisch besetzte deutsch-alliierte Behörde zur Prüfung von Kriegsverbrecherurteilen, deren Bildung die drei westlichen Außenminister gemeinsam mit Dr. Adenauer in London beschlossen. Sie soll nach Unterzeichnung des Generalvertrages wirksam werden.

Die Tätigkeit der neuen Untersuchungsbehörde wird sich zunächst nur auf die 662 Deutschen erstrecken, die in Landsberg (386), Werl (158) und Wittlich (17) festgehalten werden. Insgesamt handelt es sich nach der von der Rechtschutzstelle des Bundesjustizministeriums sorgfältig geführten Kartei und den Unterlagen des Auswärtigen Amtes um 1244 Personen, die sich in den Gefängnissen vieler Länder des westlichen Auslandes in Untersuchungshaft, zur Verbüßung von Freiheitsstrafen oder sogar noch mit einem rechtskräftigen Todesurteil befinden. An der Spitze dieser ersten Bilanz steht Frankreich mit 333 Häftlingen, von denen sieben Jahre nach Kriegsende bisher nur 158 verurteilt worden sind. Von den Untersuchungshäftlingen wurden allerdings unter dem Titel „Liberté provisoire“ 40 in die französische Zone und acht innerhalb Frankreichs bis zum Prozeßbeginn vorläufig auf freien Fuß gesetzt. In Holland sind von 83 Personen 81 rechtskräftig verurteilt, davon fünf zum Tode.

Die anderen Zahlen lauten: für Belgien 17 Verurteilte, 5 Untersuchungshäftlinge; Luxemburg 13 Verurteilte, Norwegen 22 Verurteilte, Dänemark 14 Verurteilte, Schweiz 16 Verurteilte, Italien 3 Untersuchungshäftlinge und Griechenland einen. Außerdem befinden sich auch noch in verschiedenen überseeischen Ländern einzelne Inhaftierte, wie z. B. 7 in Brasilien wegen Spionage verurteilte Deutsche. In sämtlichen Fällen handelt es sich um Deutsche, denen Straftaten im Zusammenhang mit Kriegshandlungen vorgeworfen werden. Für ihre rechtliche Betreuung von deutscher Seite aus, die zum Teil schon vor Jahren durch Sonderabteilungen bei den Länderregierungen eingeleitet worden ist, steht augenblicklich dem Bundesjustizministerium ein besonderer Fonds zur Verfügung. Davon werden, soweit der Häftling nicht selbst dazu in der Lage ist, ausländische und deutsche Anwälte honoriert, die die Prozeßvertretung und alle im Zusammenhang damit stehenden rechtlich möglichen Schritte übernehmen. Die Rechtschutzstelle führt über jeden einzelnen eine Akte und ermöglicht so den mit ihnen in Verbindung stehenden Anwälten auch die Beschaffung von Entlastungsmaterial und einen ständigen Erfahrungsaustausch.

Seit dem Bestehen des Auswärtigen Amtes mit seinen diplomatischen Vertretungen im Auslande arbeitet die Rechtschutzstelle eng mit ihm zusammen, da die Materie nicht nur eine genaue Rechtskenntnis, sondern vor allem auch die Berücksichtigung politischer Momente verlangt. Dieses Zusammenwirken hat mit dem langsam wachsenden deutschen Ansehen im Auslande in mühsamer Kleinarbeit beachtliche Erfolge gehabt, die beispielsweise innerhalb eines Jahres in der Halbierung der Häftlingszahl auf ihren augenblicklichen Stand deutlich werden. Die Freilassung der Generale von Falkenhäusen und Ramcke während des letzten Jahres sind allgemein bekannt gewordene Anhaltspunkte. Sie dürfen aber nicht davon ablenken, daß es den Verantwortlichen mehr um den kleinen Gefreiten oder Oberleutnant geht, die aus Mangel an Prominenz das öffentliche Interesse nicht auf sich ziehen können. Sie hatten aber viel weniger als ein General die Möglichkeit zur Überprüfung oder Verweigerung eines verbrecherischen Befehls, dessen Ausführung sie heute büßen sollen.

Über Einzelheiten dieser Arbeit in der Stille sprechen die damit Befassten nur ungern, denn sie haben in den Jahren ihrer Tätigkeit erfahren, daß ein falsches Wort oder eine ungetreue Veröffentlichung zu unrechter Zeit kaum wiedergutmachenden Schaden anrichten kann. Das Plakatieren von an Deutschen begangenen Unrecht, so berechtigt auch in Einzelfällen die Empörung sein mag, erschwert zwangsläufig denjenigen im Auslande eine Wiedergutmachung, die dabei der antideutschen Stimmung ihres Landes entgegenarbeiten müssen. Es gibt andere Wege, als die öffentlichen Appelle oder der offiziellen Intervention, die in Gesprächen unter vier Augen eher zum Ziele führen können. Und es lohnt schon, einmal auf die Lippen zu beißen, wenn dadurch wieder einem Deutschen nach langen Kerkerjahren der Weg in die Heimat und zu seiner Familie frei wird.

Die Zehntausende allerdings, die in KZ und Kerkern hinter dem Eisernen Vorhang festgehalten werden, kann die dort nicht vertretene Bundesregierung auch nicht direkt erreichen. Sie sind recht- und schutzlos der diktatorischen Willkür ausgeliefert, und bis zu ihnen dringt höchstens einmal die Fürsprache karitativer und kirchlicher Organisationen, deren Wirken wenigstens in den sowjetischen Satellitenstaaten teilweise möglich und nicht immer erfolglos ist.

## Saar-Beschwerde beim Europa-Rat

Wegen „undemokratischer Zustände“ im Saargebiet — Reaktion auf Hoffmanns neue Erklärungen

Bonn (UP). Die Bundesregierung bereitet gegenwärtig ein Schreiben an den Minister des Europa-Rats vor, in dem wegen der „undemokratischen Zustände“ im Saargebiet Beschwerde erhoben werden soll. Der Schriftsatz soll, wie aus dem Auswärtigen Amt verlautet, dem Ministerrat so rechtzeitig zugeleitet werden, daß er bei der für den 18. März nach Paris einberufenen Außenminister-Konferenz der UN-Europa-Rat vertretenen Staaten vorliegen kann.

In dem gegenwärtig in Vorbereitung befindlichen Schriftsatz wird die Bundesregierung erneut für die Wiederherstellung der demokratischen Freiheiten im Saargebiet eintreten und auf die auch von der Saarregierung unterzeichnete Konvention für Menschenrechte des Europa-Rates verweisen. Bundeskanzler Adenauer wird voraussichtlich selbst an den Beratungen des Ministerrats am 19. März teilnehmen.

Staatssekretär Hailstein hatte bereits vor zwei Tagen vor der Auslandspresse erklärt, die Bundesregierung werde die beabsichtigte Demarche beim Europa-Rat einleiten, wenn sich keine neuen Tatbestände ergeben. Die Rede des saarländischen Ministerpräsidenten Johannes Hoffmann vor dem Landtag am Donnerstag habe aber, so wird in Bonn erklärt, keine Anzeichen enthalten, daß die Saarregierung irgendetwas unternehmen wolle, um die demokratischen Grundrechte wiederherzustellen.

Die erneuten Versuche Hoffmanns, eine Europäisierung des Saargebietes durchzusetzen, sind in Bonner Regierungskreisen mit Zurückhaltung aufgenommen worden. Die Vorschläge Hoffmanns werden im Auswärtigen Amt der Bundesregierung mit der Frage kommentiert, welches Saargebiet der Ministerpräsident denn europäisieren wolle. Eine Europäisierung des Hoffmann-Regimes mit seinen gegenwärtigen Erscheinungsformen müsse von der Bundesrepublik abgelehnt werden.

### Suspendierungen im AA?

Regierungsbeamte kündigten am Freitag die mögliche Suspendierung von fünf Beamten des Auswärtigen Amtes im Hinblick auf die Untersuchung des Bundestagsausschusses zur Überprüfung der Personalverhältnisse in der deutschen Diplomatie an. Die angegebene Zahl könne sich — vor allem auch im Hinblick auf den Nürnberg-Rademacher-Prozess — bereits „vergrößert“ haben. Neu aufgefundene Personalakten und Fragebogen, die bisher angeblich verschwunden waren, sollen belastendes Material enthalten haben.

### Wenig Aussicht für Verschleppte

80 bis 90 Prozent der noch in Deutschland weilenden 150 000 bis 200 000 Verschleppten könnten nicht auswandern und müßten daher in die deutsche Wirtschaft eingegliedert werden, erklärte der UN-Hochkommissar für Flüchtlinge, Dr. G. J. van Heuven-Goodhart, der vom Bundespräsidenten empfangen worden war, vor der Presse in Bonn. Auf die Frage, warum dies nicht möglich sei, erwiderte der UN-Hochkommissar, die Einwanderungsbestimmungen der einzelnen Länder seien zu streng. Er unterstrich jedoch, daß seit Kriegsende rund 9,2 Millionen sogenannte „DPs“ in andere Länder vermittelt werden konnten. Nach Meinung des UN-Hochkommissars sind die Verschleppten in wirtschaftlicher Hinsicht noch nicht mit den Deutschen gleichgestellt. Um ihre wirtschaftliche Eingliederung zu erleichtern, müßte die IRO-Einlage, die den Verschleppten an der deutschen Vertriebenenbank als Kreditquelle zur Verfügung steht, von 1,5 auf 15 Millionen DM erhöht werden, was augenblicklich nicht möglich sei.

Auch gäbe es noch keine Pläne darüber, wie der Bundesrepublik die Last der neu hinzukommenden politischen Flüchtlinge aus den Ländern hinter dem Eisernen Vorhang erleichtert werden könnte. Er wies, fügte van Heuven-Goodhart hinzu, daß das deutsche Flüchtlingsproblem nicht ohne ausländische Hilfe gelöst werden könnte, doch sei eine befriedigende Lösung nur durch eine völlige Gleichstellung der deutschen und ausländischen Flüchtlinge in der Bundesrepublik zu erreichen.

### Bonn unterstützt UN-Kommission

Die Bundesregierung hat der Hochkommission in einem Schreiben ihre Bereitschaft mitgeteilt, die Deutschland-Kommission der UN am 17. März in Bonn zu empfangen. Im Anschluß an den Empfang durch die Bundesregierung sollen deutsche Sachverständige mit der Kommission die erforderlichen Erhebungen im Bundesgebiet und Westberlin vornehmen. Die Delegierten haben sich für den 20. März in Berlin abgesagt. Die Einsetzung einer solchen Kommission der UN geht auf einen Vorschlag der Bundesregierung und einen Beschluß des Bundestages zurück.

Der Gesamtdeutsche Ausschuss befaßte sich mit der ablehnenden Stellungnahme der Behörden in der Ostzone. Maßgebliche Ausschußmitglieder erklärten, daß die Fassung der Behörden der Ostzone „derart sibyllenhaft“ sei, daß weder ein Nein noch ein Ja herauszulesen sei. In Bonn werde man jedenfalls die UN-Kommission in ihrer Arbeit in jeder Weise unterstützen. Alles andere sei schließlich Sache der Russen.

### VOM TAGE

Fast sieben Stunden lang konferierte Bundeskanzler Adenauer mit dem Parteivorstand der CDU über organisatorische Fragen, die bevorstehenden Wahlen in Südwestdeutschland und die Bundestagswahlen.

**Dr. Heinrich Weitz**, der ehemalige Finanzminister von Nordrhein-Westfalen und jetzige Präsident des Sparkassen- und Giroverbandes, wurde vom Bundespräsidenten mit dem Großen Verdienstkreuz mit Stern ausgezeichnet.

**Admiral McCormick**, der neuernannte Oberbefehlshaber der NATO-Seestreitkräfte im Atlantik, ist in London eingetroffen, wo er Churchill einen Besuch abstatten will.

**Königin Elisabeth II.** von England nahm den Amtseid des neuen Verteidigungsministers Viscount Alexander of Tunis entgegen. Gleichzeitig wurde Alexander Mitglied des Geheimen Staatsrates.

Die Bewegungsfreiheit sowjetischer Diplomaten ist auf Grund eines Beschlusses auf einer Geheimkonferenz in Lissabon von den meisten NATO-Mitgliedstaaten eingeschränkt worden.

#### Nun müßte Frankreich mithelfen

Frankfurt (UP). Die Untersuchungen der Frankfurter Staatsanwaltschaft in der Millionenbetrugsaffäre zu Lasten der deutschen Bundesrepublik sind, soweit es die deutschen Beteiligten angeht, weitgehend abgeschlossen. Die Frankfurter Behörden haben nunmehr den französischen Hochkommissar François-Poncet gebeten, bei der restlosen Aufklärung dieser Affäre mitzuwirken. Schon nach den ersten Vernehmungen der beschuldigten Deutschen stellte sich heraus, daß diese die Gelder an „Hintermänner“ weitergeleitet haben, die angeblich die französische Staatsangehörigkeit besitzen. Man spricht von einem französischen Textilfabrikanten, über den die angeblichen Lieferungen von „Tarnnetzen“ gelaufen sein sollen.

#### Notgemeinschaft von KPD unterstützt?

Berlin (UP). Der Leiter des Berliner Landesamtes für Verfassungsschutz, Dr. Werner Otto, beschuldigte die „Notgemeinschaft für den Frieden Europas“ des früheren Bundesministers Dr. Heinemann und der Zentrumspolitikern Helene Wessel, sie unterhalte Beziehungen zu kommunistischen Organisationen und lasse sich von diesen unterstützen. Dr. Otto berief sich auf Informationen „von höchsten Stellen“, als er behauptete, besonders in Schleswig-Holstein bilde die „Notgemeinschaft“, die nach ihrem Programm gegen einen westdeutschen Verteidigungsbeitrag eintritt, zusammen mit der kommunistischen „Freien deutschen Jugend“ Splittergruppen. Die hauptsächliche Unterstützung erfahre die „Notgemeinschaft“ von dem kommunistischen „Friedenskomitee“, dem auch der Mitbegründer des Kreises um Dr. Heinemann und Frau Wessel, der frühere Vizeadmiral Stummel, nach amtlichen Feststellungen angehöre.

#### Korea-Verhandlungen festgefahren

Reichina will Formosa „befreien“  
Seoul (UP). Im Untersuchungsausschuß der Waffenstillstandskommission für die Überwachung des Waffenstillstandes in Korea sagte der Delegierte der UN: „Ich teile Ihnen formell, unwiderruflich und mit ausdrücklicher Ermächtigung mit, daß die Ablehnung der Sowjetunion als „neutraler Macht“ in der Kontrollkommission auf Grund einer Entscheidung des Oberkommandos der Vereinten Nationen endgültig und unwiderruflich ist. Eine weitere Debatte über diese Frage ist vollkommen nutzlos.“ Eine Antwort der kommunistischen Delegierten liegt noch nicht vor. Der Sender Peking zitiert jedoch ein nordkoreanisches Blatt, in dem erklärt wird, „eine Ablehnung der Sowjetunion ist ein Akt des Mißtrauens gegen die Völker der gesamten Welt.“ Man schließt daraus, daß die Kommunisten keinen Kompromiß in dieser Frage schließen wollen.

Damit sind die Waffenstillstandsverhandlungen völlig festgefahren, besonders da auch in anderen Fragen keine Annäherung erzielt wurde.

Radio Peking verbreitete in japanischer Sprache eine Erklärung, in der es hieß, daß die chinesische Volksrepublik fest entschlossen sei, die Insel Formosa „zu befreien“. Das chinesische Volk sei auch durchaus in der Lage, diesen Entschluß in die Tat umzusetzen.



## Tito fordert Deutschlands Gleichberechtigung

Kompromiß-Vorschlag in der Triest-Frage - Italien lehnt ab

Belgrad (UP). Der jugoslawische Staatschef Marschall Tito sagte in einem der United Press gewährten Fernseh-Interview, Jugoslawien betrachte alle Fragen, die Deutschland betreffen, einschließlich der Frage der Wiederbewaffnung, von dem Standpunkt aus, daß Deutschland die gleichen Rechte besitzt wie alle anderen Nationen.

Jugoslawien, erklärte Tito weiter, habe die diplomatischen Beziehungen zu Deutschland im gleichen Geiste wieder aufgenommen, in dem es die deutsche Frage im allgemeinen betrachte. Jugoslawien sei der Meinung, daß Deutschland nach dem ersten Weltkrieg ein großes Unrecht zugefügt worden ist und daß heute ein Weg gefunden werden müsse, der sich von dem nach dem ersten Weltkrieg eingeschlagenen beträchtlich unterscheidet.

Marschall Tito machte diese Ausführungen in deutscher Sprache, da dieser Ausschnitt aus dem Interview von der Fox-Wochenschau auch in Deutschland gezeigt werden soll.

Der jugoslawische Staatschef forderte Ost und West auf, Kompromisse zu schließen, um einen neuen Weltkrieg zu vermeiden. Er sei allerdings nicht völlig sicher, ob beide Seiten aufrichtig vom Wunsche nach einer Überwindung der gegenwärtigen internationalen Spannungen besetzt seien. Im weiteren Verlauf des Interviews erklärte er, daß Jugoslawien nicht die Absicht habe, dem Atlantikpakt beizutreten. Es habe jedoch nichts dagegen einzuwenden, daß andere europäische und naheliegende Staaten Mitglieder des Atlantikpaktes werden. Die Beziehungen zwischen Jugoslawien und Griechenland, die sich gerade in der letzten Zeit sehr stark verbessert hätten, seien nach Ansicht der jugoslawischen Regierung eine ausreichende Garantie für den Fall einer Bedrohung der Unabhängigkeit der Balkanländer. Es werde sich

für Griechenland und Jugoslawien auch die Möglichkeit finden, gemeinsame Verteidigungsmaßnahmen zu treffen.

In einer von der amtlichen jugoslawischen Nachrichtenagentur Tanjug verbreiteten Erklärung schlug Tito vor, daß sowohl Jugoslawien als auch Italien auf ihre Ansprüche gegenüber Triest verzichten und aus Triest einen gemeinschaftlich verwalteten „Freistaat“ machen sollten. Tito bedauerte in diesem Zusammenhang, daß die Triestfrage heute einer Lösung fern sei als je zuvor. Es erscheine notwendig, die Triestfrage auf einer Basis zu lösen, die den Interessen wie den jugoslawischen Interessen gleichermaßen gerecht würde. Tito meinte, daß der Gouverneur von Triest sowohl ein Italiener als auch ein Jugoslawe sein könne. Das Amt des Vize-Gouverneurs müsse dann mit einem Vertreter des anderen Landes besetzt werden. Die öffentliche Sicherheit von Triest solle von einer „dritten Macht“ gewährleistet werden.

In gut unterrichteten italienischen Kreisen wurde zu diesen Vorschlägen Titos erklärt, daß sie „keine freundschaftliche Lösung des Triester Problems vorsehen, sondern die Gegensätze zwischen Italienern und Slawen im Freistaat Triest nur verschlimmern würden. Die Streitigkeiten zwischen den beiden benachbarten Staaten würden sich infolgedessen nur verschärfen.“ Durch die wechselnde Ernennung von italienischen und jugoslawischen Gouverneuren im Freistaat Triest würde eine gefährliche politische Lage geschaffen werden. In italienischen Regierungskreisen wurde darauf hingewiesen, daß eine Lösung des Problems Triest nur auf der Grundlage der Dreimächte-Deklaration vom März 1948 gefunden werden könne. Damals hatten die USA, Großbritannien und Frankreich die Rückgabe des ganzen Freistaats Triest an Italien garantiert.

## Gewerkschafter fordern Neuwahlen

Das Volk soll über die Wehrfrage entscheiden

Düsseldorf (UP/epd). Die Arbeitskonferenz der DGB-Funktionäre hat sich einmütig zu dem Beschluß des DGB-Bundesauschusses vom 23. Januar 1952 zur Frage des Verteidigungsbeitrages bekannt. Die Arbeitskonferenz hat die Auffassung vertreten, daß der Bundesvorstand mit allen demokratischen politischen Parteien Verbindung aufnehmen und diesen nahelegen soll, unter Beachtung der Bestimmungen des Grundgesetzes die Entscheidung über einen deutschen Wehrbeitrag in die Hände des gesamten Volkes zu legen.

In einer Diskussion über sozialpolitische und arbeitsrechtliche Fragen kam die starke Unzufriedenheit der Konferenzteilnehmer mit den bisherigen sozialpolitischen und arbeitsrechtlichen Beschlüssen der gesetzgebenden Körperschaften der Bundesrepublik zum Ausdruck.

Mit der Auffassung, der DGB-Bundesvorstand solle den Parteien nahelegen, die Entscheidung über einen Verteidigungsbeitrag unter Beachtung des Grundgesetzes in die Hände des Volkes zu legen haben die 360 in Düsseldorf anwesenden Gewerkschaftsfunktionäre praktisch den gleichen Standpunkt wie die Opposition im Bundestag eingenommen: das derzeitige Parlament ist nach dieser Auffassung nicht befähigt, über den Verteidigungs-

beitrag zu entscheiden. Da nach dem Bonner Grundgesetz eine Volksabstimmung nicht möglich ist, kann eine Entscheidung des Volkes in dieser Frage nur über Neuwahlen zum deutschen Bundestag herbeigeführt werden. In Düsseldorf wurde betont, die DGB-Funktionäre hätten die große Bedeutung der Frage eines Verteidigungsbeitrages dadurch unterstrichen, daß sie das „demokratischste“ aller demokratischen Mittel — die Befragung des Volkes — vorgeschlagen hätten.

Die Düsseldorfer Tagung der DGB-Funktionäre stellt keine beschließende Versammlung des DGB dar. Als solche sind nach den Satzungen des Deutschen Gewerkschaftsbundes nur der Bundeskongress, der Bundesausschuß und der Bundesvorstand anzusprechen.

Die evangelische Kirche im Rheinland hat an den Rat der EKD die Bitte gerichtet, die Synode der Evangelischen Kirche zu dem nächstbestmöglichen Termin einzuberufen. Auf die Tagesordnung der Generalsynode sollen die Eidesfrage, die Frage der Wehrdienst- bzw. der Kriegswahndienstverweigerung, die Frage des Wehrdienstes der Pfarrer, die Frage des deutschen Wehrbeitrages und die Frage des öffentlichen Bekenntnisses gesetzt werden.

## Länder wehren sich gegen Steuerabgaben

Bundestrat will erst Schäffers Haushalt nachprüfen - Umstrittenes Bundesarbeitsamt

Bonn (UP). Der Bundesrat stellte eine Entscheidung über die von der Bundesregierung geforderte Inanspruchnahme von 40 Prozent der Ländererinnahmen aus der Einkommen- und Körperschaftsteuer anstelle von bisher 27 Prozent so lange zurück, bis der erhöhte Finanzbedarf des Bundes anhand des Haushaltsplanes für das Rechnungsjahr 1952/53 nachgewiesen ist.

Bundesfinanzminister Schäffer will die Unterlagen dem Bundesrat so schnell wie möglich zufließen. Die Bundesregierung betont, daß der Bundeshaushalt 1952/53 nur mit einer erhöhten Inanspruchnahme der Ländererinnahmen ausgeglichen werden könne. Es sei dabei gleichgültig, ob der Verteidigungsbei-

trag geleistet werden müsse oder nicht, da für den Fall, daß die europäische Verteidigungsgemeinschaft nicht zustande kommen sollte, weiterhin Besatzungskosten gezahlt werden müßten.

Dem Gesetz über die Aufwertung der Reichsmarksparguthaben der Heimatvertriebenen um 6,5 Prozent stimmte der Bundesrat ebenfalls zu. Zu dem Gesetz über die Zahnheilkunde, wonach es in Zukunft keine Dentisten, sondern nur noch Zahnärzte geben soll, rief der Bundesrat den Vermittlungsausschuß an mit dem Ziel, eine weitgehende Einföhrung der Länder bei der Bestallung zu erreichen.

Die Ländervertreter billigten ferner den Vorschlag des Vermittlungsausschusses zu dem Gesetz über die Errichtung der Bundesanstalt für Arbeitslosenversicherung und Arbeitsvermittlung. Der Bundestag hatte bereits am Vortage zugestimmt. Damit kann das Gesetz jetzt endgültig in Kraft treten.

Die Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgebervereine hat nach der Kritik des DGB am Gesetz über die Bundesanstalt für Arbeitslosenversicherung und Arbeitsvermittlung nun ebenfalls Bedenken geäußert. Beide gesetzgebende Körperschaften (Bundestag und Bundesrat) hätten es für richtig befunden, so stellt die Bundesvereinigung fest, daß der staatliche Einfluß auf die Bundesanstalt und damit auf deren Arbeitsmarktpolitik weitgehend wiederhergestellt werden solle. Die Arbeitgeber seien darüber genau so enttäuscht wie die Gewerkschaften. Die Bundesvereinigung weist jedoch den von den Gewerkschaften vorgeschlagenen Schritt, die Beitragszahlungen zu verweigern, entschieden zurück.

#### Bundestag gegen Veit Harlan

Professor Carlo Schmid (SPD) rief den Bundestag unter dem Beifall des Hauses zu einem Protest gegen die Vorführung eines Veit-Harlan-Films in der Bundeshauptstadt auf. Es sei „eine Schande“, daß am Sitz des Parlaments der Film eines Mannes aufgeführt werde, der zumindest indirekt dazu beigetragen habe, die Voraussetzungen für die Vergasungen von Auschwitz mitzuschaffen, meinte Schmid. In Bonn läuft zur Zeit der Veit-Harlan-Film „Immensee“.

Der Bundestag, der den Rest der Tagesord-

nung vom Vortage erledigte, überwiegen einen Antrag der Federalistischen Union, in dem die baldige Freigabe der immer noch von den Alliierten beschlagnahmten Beherbergungs-, Gaststätten- und Kurbetriebe gefordert wird, an den zuständigen Ausschuß. In dem Antrag wird die Bundesregierung ferner ersucht, durch Bereitstellung von Krediten den Eigentümern die Renovierung der Betriebe nach der Freigabe zu ermöglichen.

Eine Erweiterung des Schutzes des Briefgeheimnisses forderten CDU-Abgeordnete in einem Antrag, der vom Plenum an den Ausschuß überwiesen wurde. Es ginge nicht an, daß nur die vorsätzliche und unbefugte Öffnung von Briefen bestraft würde, während zum Beispiel die unbefugte Verwendung unbestraft bliebe. Der Abgeordnete Karl Schmücker (CDU) berichtete dabei über einen Irrläufer. Der Brief eines Eisenbahners an ihn sei von der Post versehentlich dem SPD-Vorsitzenden Kurt Schumacher zugestellt worden. Der Sekretärin Schumachers offenbar versehentlich geöffnet und dem SPD-Vorsitzenden vorgelegt worden. Von Schumacher sei der Brief über den Vorsitzenden der Eisenbahngewerkschaft, Hans Jahn (SPD), zu einem Gewerkschaftsfunktionär gelangt und von diesem beantwortet worden, ohne daß es für notwendig befunden worden sei, ihn (Kurt Schmücker) überhaupt von der Existenz des Briefes zu unterrichten. Er, der Adressat, habe erst aus einer Veröffentlichung im „Spiegel“ das Vorhandensein des Briefes erfahren. Der gerichtliche Entscheid sah in der „mißbräuchlichen Verwendung“ kein Vergehen, da der Brief nicht „unbefugt und vorsätzlich“ geöffnet worden sei.

Der Bundestag hob die Immunität der Abgeordneten Günter Götzenodt (fraktionslos) und Fritz Doris (fraktionslos, Mitglied der SRP) wegen Beleidigung auf. Einem Antrag auf Aufhebung der Immunität des kommunistischen Abgeordneten Walter Fisch wurde nicht stattgegeben. Fisch war an einem Transport von kommunistischem Propagandamaterial beteiligt.

#### Kemritz-Ausschuß ohne Ergebnis

Der deutsch-amerikanische Ausschuß zur Prüfung des Falles Kemritz ging nach mehrstündiger Sitzung auf dem Petersberg bei Bonn wiederum ohne konkretes Ergebnis auseinander. Die deutschen und amerikanischen Delegierten im Ausschuß trugen nur noch einmal die gegenteiligen Auffassungen über die Behandlung des Falles vor.

#### Schuldenkonferenz wurde eröffnet

Die Beratungen werden streng geheim gehalten  
Die internationale Konferenz zur Regelung der deutschen Auslandsschulden wurde am Donnerstag in der großen Halle des Lancaster-Hauses in London eröffnet. 28 Staaten, die durch mehr als 150 Delegierte vertreten werden, stellen Ansprüche an Deutschland. Man rechnet damit, daß die Konferenz etwa drei Monate dauern wird.

Die Beratungen der Konferenz finden unter größter Geheimhaltung statt. Selbst zur Eröffnung war die Presse nicht zugelassen worden. Zur Begründung hierfür führte ein Beamter des britischen Schatzamtes an, daß etwa an die Außenwelt dringende Informationen über den Stand der Verhandlungen von interessierten Privatreisen ausgenutzt werden könnten.

Ansprüche an Deutschland stellen Österreich, Belgien, Dänemark, Griechenland, Island, Irland, Italien, Holland, Norwegen, Schweden, Spanien, die Schweiz, Türkei, Jugoslawien, Ägypten, Indien, Iran, Israel, Argentinien, Brasilien, die Dominikanische Republik, die USA, Großbritannien, Frankreich, Kanada, Neuseeland und die Südafrikanische Union.

#### Die Liquidation deutscher Vermögen

Beträchtliche Summen gehen verloren  
Die „Neue Zürcher Zeitung“, das führende schweizerische Blatt, bemerkt zum sogenannten Washingtoner Abkommen, das die Grundlage für die Beschlagnahme deutscher Vermögen in der Schweiz bildet:

„Die Alliierten hatten den Deutschen vorgeschlagen, das Abkommen von Washington durch einen von Deutschland an die Alliierten zu zahlenden Pauschalbetrag in der Weise abzugelten, daß die Alliierten auf ihre Rechte aus dem Abkommen verzichten könnten. Nach den Vereinbarungen zwischen der Schweiz und den Alliierten vom April 1951 hätte sich für die Alliierten aus der Liquidation des Abkommens von Washington ein Erlös von 135 Millionen Fr. ergeben. Dieser hätte nach einer ein- bis zweijährigen Liquidationsperiode zur Verfügung gestellt werden können. Da auf Grund der jüngsten schweizerisch-deutschen Verhandlungen der alliierte Anteil in viel kürzerer Frist bereitgestellt wird, wurde eine Diskontierung der erwähnten Summe von 135 Mill. Fr. zu 10 Prozent in Anschlag gebracht, so daß sich die deutsche Abgangssumme nur auf 121,5 Mill. Fr. stellt.“

Die vom Abkommen von Washington erfaßten deutschen Guthaben in der Schweiz werden auf 460 Mill. Fr. geschätzt. Durch die Vereinbarung, daß alle Guthaben bis zu 10 000 Fr. vom Abkommen befreit werden, stellt sich dieser Betrag noch auf rund 360 Mill. Fr. Die in Betracht fallende deutsche Pauschalentschädigung von 121,5 Mill. Fr. macht somit rund ein Drittel der verbleibenden Guthabensumme aus, so daß zu deren Deckung die deutschen Gläubiger auf ein Drittel ihrer Forderungen zu verzichten hätten. Erklären sie sich dazu bereit, so werden die verbleibenden zwei Drittel ihrer Guthaben von Sperre und Liquidation befreit.

Wenn aber die deutschen Gläubiger erklären, auf ein Drittel ihres Guthabens nicht verzichten zu wollen, so ist vorgesehen, daß diese deutschen Guthaben in eine Frankenschuld umgewandelt werden, welche der deutschen Regierung zur Verfügung gestellt würde. Diese wäre aber verpflichtet, die Nichtverzinslichkeit durch Deutsche Mark zu entschädigen auf Grund eines Umrechnungskurses von 100 zu 95. Es ist anzunehmen, daß diese Entschädigung von der deutschen Regierung erst nach Verrechnung fälliger Steuern, Nachsteuern, Lastenausgleich usw. bezahlt werden würde. Jeder vom Abkommen von Washington betroffene Deutsche wird also vor die Frage gestellt, ob er auf ein Drittel seines Guthabens zugunsten seiner Regierung verzichten will, wobei er dann über sein Guthaben in der Schweiz vollkommen frei verfügen kann, oder ob er sich durch die Regierung von Bonn nach Umwandlung seiner Guthaben in DM mit allen möglichen Rückwirkungen entschädigen lassen will.“

Die von der Bundesregierung ins Leben gerufene „Mühnenstelle“ hat ihre Arbeit aufgenommen. Zum Vorsitzenden ihres Verwaltungsrates wurde Reinhold Rompf (Steinmühle bei Holzheim) gewählt.

Bilder von der Atlantikpakt-Tagung in Lissabon  
Unser Bild zeigt rechts den amerikanischen Außenminister Dean Acheson während seiner Rede; links die Delegierten, unter ihnen in der 1. Reihe de Gasperi (3. v. l.) und Robert Schuman (5. v. l.)

### Umschau in Karlsruhe

**Revision des Mörders Kouril verworfen**  
 Karlsruhe (UP). Vom Ersten Senat des Bundesgerichtshofs in Karlsruhe unter dem Vorsitz von Senatspräsident Richter wurde die Revision des 40jährigen tschechoslowakischen Staatsangehörigen Johann Kouril verworfen. Kouril war am 30. Mai 1951 vom Schwurgericht Karlsruhe wegen Totschlags Totschlagsversuchs und anderer Verbrechen zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt worden. 1945 und 1946 war Kouril stellvertretender Lagerkommandant in den drei berüchtigten tschechischen Konzentrationslagern Kleidovka, Kaunitz-Kolleg und Julenfeld. In dieser Eigenschaft entwickelte er sich zu einem der schlimmsten Schloßer der sudetendeutschen Lagerinsassen. Zwei Personen starben an den durch Kouril erlittenen Mißhandlungen, weitere 28 trugen zum Teil schwere körperliche Schäden davon. Kouril war der erste Ausländer, der wegen derartiger Delikte von einem deutschen Gericht abgeurteilt wurde.

**Ein seltenes Geschäftsjubiläum**  
 Karlsruhe (swk). Ein recht seltenes Jubiläum kann am 29. Februar die Offen- und Herde- und Kleinhandlung Friedrich Geisendörfer in Karlsruhe feiern. Der Sohn des im Jahre 1717 auf Grund eines Auftrages des Markgrafen Karl-Wilhelm von Baden-Durlach zum Zuzug in seine neuerrichtete Residenz nach Karlsruhe gekommene Philipp Geisendörfer, Wolfgang Adam, gründete 1752 ein Hafnergeschäft, das in steter Mannesfolge jeweils vom Vater auf den Sohn überging, in wechselvollem Schicksal zwei Jahrhunderte überdauerte und das sich nun anschießt, in das dritte Geschäftsjahrhundert zu gehen. Der heutige bereits 80 Jahre alte Inhaber Friedrich Geisendörfer leitet den Betrieb noch in voller geistiger und körperlicher Frische.

### Aus der badischen Heimat

**Naturschutzgebiete im Landkreis Pforzheim**  
 Pforzheim (swk). Das Landratsamt in Pforzheim beabsichtigt, Gebiete südlich der Gemeinde Göbriichen und des sogenannten Dullinenlandes auf den Gemarkungen Stein, Erlingen, Erlingen, Ispringen und Göbriichen in die Landschaftsschutzkarte des Landkreises Pforzheim einzutragen und damit unter Naturschutz zu stellen. Gegenwärtig läuft noch die Einspruchsfrist gegen diesen Plan.

**Ein unangebrachter Scherz**  
 Mannheim (swk). Aus einem alten Vorderlader, den er irgendwo gefunden hatte, schoß ein 19jähriger Bursche mit einer selbst gebräuten Ladung einen Bleikern aus Scherz auf eine Schiebetür und traf einen dahinter stehenden Arbeiter in der Nähe der Augen. Die erlittenen Verletzungen sind so schwer, daß das Augenlicht gefährdet ist.

**Mosbach. Der Landeswahlaußschuß hat festgestellt, daß Ratschreiber Lingenberg aus Mosbach anstelle des kürzlich verstorbenen SPD-Abgeordneten Dr. Nies in den württemberg-badischen Landtag einzieht.** (swk)

**Bretten. Das traditionelle Peter-und-Paul-Fest, das alljährlich Tausende von Besuchern anlockt, wird in diesem Jahr vom 5. bis 7. Juli durchgeführt. Höhepunkt ist auch dieses Mal wieder der große historische Festzug.** (ZSH)

**Kehl. Die zerstörten Bunker des ehemaligen Westwalls, die in den Rheindamm eingebaut waren, werden jetzt gesprengt und beseitigt.** (swk)

**Süddeutsche Waldwirtschaft bedroht**  
 300 000 Festmeter vom Buchenprachtkäfer befallen

Freiburg (apd). Die Bundesregierung erteilt die alarmierende Nachricht, daß hauptsächlich in Süddeutschland, und hier wiederum vornehmlich in Südwürttemberg, nahezu 300 000 Festmeter Holz, und zwar vorwiegend Buchen, von dem bis dahin in der deutschen Forstwirtschaft praktisch noch unbekanntem Schädling, dem Buchenprachtkäfer, befallen ist. Zu seiner Bekämpfung werden pro Hektar und Jahr ca 300 DM aufgewendet werden müssen. Für eine solche Aktion fehlen jedoch noch alle Voraussetzungen. Überhaupt ist auch die zahlenmäßige Festlegung des Schadens und des Befalles nur auf der Grundlage von Schätzungen bisher möglich gewesen. Von Fachleuten wird die Forderung nach einer biologischen Grundlagenforschung erhoben. Es ist im deutschen Wald bisher so gewesen, daß sich die gesamte Forstwirtschaft ausschließlich nach dem Nützlichkeitsprinzip richtete und der Boden der natürlichen Voraussetzungen für eine vernünftige Forstwirtschaft verlassen wurde.

Nur so ist es auch zu verstehen, daß auch heute noch rund 20 Millionen Festmeter Holz durch den Borkenkäfer gefährdet angesehen werden müssen. Dringende Abhilfe ist eine Notwendigkeit, wenn nicht der gesamte, schon schwer genug angeschlagene deutsche Waldbestand vor der Verichtung stehen soll.

### Streit um ein UNESCO-Institut

**Freiburg in Paris verleumdet**  
 Freiburg/Br. (swk/apd). Im Juli vergangenen Jahres hatte die vorbereitende UNESCO-Kommission auf Grund des günstigeren Angebotes Freiburg zum Sitz des UNESCO-Instituts für Internationale Pädagogik bestimmt.

Die badische Landesregierung und die Stadtverwaltung von Freiburg haben alles getan, um eine baldige Eröffnung des Instituts zu gewährleisten. U. a. sollte an der Freiburger Universität ein neuer Lehrstuhl für den Direktor des Instituts, Prof. Merk, geschaffen werden. Eine Berufung war allerdings nicht zustande gekommen, weil Prof. Merk keine ausreichenden wissenschaftlichen Qualifikationen besaß. Die Stadt Hamburg hat von Anfang an eine Verlegung des Instituts nach Freiburg mit wenig erfolgreichen Mitteln hintertrieben. Prof. Merk erhielt keinen Urlaub um die neue Tätigkeit anzutreten. In mehre-

ren Briefen an die UNESCO-Generaldirektion in Paris wurde Freiburg verleumdet. Schließlich erhob man das Problem auf eine parteipolitische Ebene. Die SPD-Fraktion des Hamburger Senats appellierte an die Bundesregierung gegen die Errichtung des Instituts in einem überwiegend katholischen Gebiet. Namentlich hat sich die Generaldirektion der UNESCO endgültig für Hamburg entschieden. Das Land Baden und die Stadt Freiburg werden hierdurch schwer betroffen, denn schon seit mehreren Monaten bezahlen sie allmonatlich eine Miete von einigen hundert DM für das zur Aufnahme des Instituts vorgesehene Gebäude.

Staatspräsident Leo Wohleb hat gegen die UNESCO-Entscheidung sofort Protest eingelegt. Das badische Kultusministerium arbeitet gegenwärtig eine Denkschrift aus, in der eine Teilung des Instituts vorgeschlagen wird. Sehr wahrscheinlich wird das Problem auch aus einer Konferenz der Kultusminister aller deutschen Bundesländer behandelt werden.

### Dr. Eckert geht in Urlaub

**Der Finanzminister demittiert KP-Erklärung**  
 Freiburg (UP). Der badische Finanzminister Dr. Eckert tritt am 3. März seines Jahresurlaub an, wie er dem badischen Staatspräsidenten Wohleb mitteilte. Dr. Eckert steht bekanntlich seit der Südweststaatsabstimmung im scharfen Gegensatz zu der Politik Wohlebs und war vor kurzem aus der CDU ausgetreten.

Die KP-Fraktion des badischen Landtags übergab der Presse am Donnerstag abend den Text einer kurzen Anfrage, in dem die badische Regierung um Aufklärung gebeten wird. In einer Zuschrift an die KPD wird Dr. Eckert vorgeworfen, er habe seine Wiederernennung unrechtmäßig erhalten und für seinen Hausneubau ein Darlehen von 15 000 DM bekommen. Der Finanzminister hat der Inhalt einer durch den Journalisten und kommunistischen Stadtrat im Landtag verteilten „Kleinen Anfrage“ über den „Fall Eckert“ mit aller Entschiedenheit dementiert. In der Mitteilung, die Dr. Eckert der Presse übergab, heißt es: „Ich darf Sie darauf hinweisen, daß der Inhalt dieser Anfrage von Anfang bis zu Ende von Unwahrheiten und ehrschmeideleichen Verleumdungen schlimmer Art ströht. Ich muß Sie daher vor Verbreitung des Inhalts dieser Anfrage warnen, damit Sie sich keine Unannehmlichkeiten zusehen.“

Der Vizepräsident des Landtags hatte die Anfrage der kommunistischen Gruppe mit der Begründung zurückgewiesen, daß sie in Form und Inhalt der Geschäftsordnung des Landtags nicht entspreche.

## Ein Hirtenwort zur Wahl

Eine Mahnung der katholischen Kirche

Freiburg (swk). Bei der Wahl zur Verfassungsgebenden Landesversammlung des neuen südwestdeutschen Bundeslandes geht es um die Sicherung allerhöchster Werte für die Zukunft unseres Volkes, erklären der Erzbischof von Freiburg, Dr. Rauch, und der Bischof von Rottenburg, Dr. Leiprecht, in einem gemeinsamen Hirtenwort zu den Wahlen am 9. März. Das Hirtenwort wird am Sonntag in allen katholischen Kirchen der beiden Diözesen gelesen werden.

Es gehe vor allem auch darum, betonen die Bischöfe, ob die unveräußerlichen Rechte Gottes und der Kirche im öffentlichen Leben gewahrt und verwirklicht werden. Die Bischöfe ermahnen die Gläubigen eindringlich, nicht aus Bequemlichkeit oder gar Gleichgültigkeit der Wahl fernzubleiben. Das Wahlrecht sei eine ernste Gewissenspflicht.

**GROSS FORMAT**

**MEHR QUANTITÄT MEHR QUALITÄT**

Der katholische Christ könne seine Stimme nur Männern und Frauen geben, die Gewähr dafür bieten, daß sie sich für die christlichen Grundsätze in Staat und Gemeinde, in Schule und Familie einsetzen. Die wählende Volksvertretung sei berufen, über die Grundlagen des neuen Staates endgültig Beschlüsse zu fassen. Sie werde außerdem als Landtag im Amt bleiben und als solcher die Gesetzgebung im neuen staatlichen Raum handhaben sowie die Gesetze an die neue Ordnung angleichen. Die beiden Oberhirten rufen ihre Diözesanen auf, sich nicht durch Schlagworte irritieren zu lassen. „Prüft vor Gott und eurem Gewissen in allem Ernst, wem ihr die Stimme gebt; betrachtet den Wahlakt als ernste Gewissenssache und handelt danach. Es ist eine Entscheidung auch für die kommenden Geschlechter.“

## Noch 42500 Umsiedler sollen kommen

Starke Belastung von Württemberg-Baden

Stuttgart (swk). Die Umsiedlungsaktion von Heimatvertriebenen nach Württemberg-Baden ist nicht gescheitert, sie hat sich nur verzögert, erklärte Innenminister Ulrich in Stuttgart vor der Presse. Die dem Lande im Jahre 1949 auferlegte Umsiedlerquote von 9000 Heimatvertriebenen sei fristgerecht aufgenommen worden. Außerhalb der offiziellen Umsiedlungsaktion seien zusätzlich noch 11 500 Heimatvertriebene aus Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Bayern nach Württemberg-Baden gekommen.

Der Innenminister betonte, daß es sehr schwierig sein werde, die dem Lande für das Jahr 1951 auferlegte Quote von 25 000 Umsiedlern aufzunehmen. Nach dem Stand der gegenwärtigen Verhandlungen in Bonn müsse damit gerechnet werden, daß dem Lande Württemberg-Baden bei der Aufteilung der letzten 100 000 für die Umsiedlung in Frage kommenden Heimatvertriebenen noch eine Quote von 17 500 auferlegt werde. Somit werde das Land Württemberg-Baden noch insgesamt 42 500 Heimatvertriebene aufnehmen müssen. Da der vom Bund für die Umsiedlung zur Verfügung gestellte Betrag vor rund 35 Millionen DM zum größten Teil erst im März übermittelte worden sei, habe man das Wohnbauprogramm für die Umsiedler bis Ende 1951 nicht erfüllen können. Es werde jetzt im Laufe des Jahres 1952 nachgeholt werden. Innenminister Ulrich betonte, daß sich die Vertreter des Landes Württemberg-Baden bisher vergeblich gegen die Überbelastung durch Flüchtlinge gewandt haben.

Das Land habe von 1946 bis Ende 1951 über die staatlichen Durchgangslager 725 766 Heimatvertriebene, Sowjetzonen-Flüchtlinge und illegale Zuwanderer aufgenommen. Bis zur Währungsreform habe das Land für die Aufnahme dieser Zuwanderer über 52 Millionen RM und von der Währungsreform bis Ende 1951 15 Millionen DM aufgebracht. Für die endgültige Ansiedlung heimatischer Ausländer sei im Einvernehmen mit der Bundesregierung ein Bauprogramm mit

einem Gesamtaufwand von 15 Millionen DM aufgestellt worden.

Innenminister Ulrich befaßte sich dann mit dem im Jahre 1951 begonnenen Programm der Binnenumsiedlung, durch das Heimatvertriebene aus entlegenen Gebieten des Landes in die Nähe der Industriezentren herangebracht werden sollen. Im Jahre 1951 wurden bereits 375 Familien innerhalb Württemberg-Badens umgesiedelt.

Abschließend betonte Innenminister Ulrich, daß die Heimatvertriebenen durch eigene Leistung und durch die Hilfe des Landes und seiner Bevölkerung zu wertvollen Gliedern der Gemeinschaft geworden seien. „Unsere nächste Generation wird“, so sagte Ulrich, „falls die Eingliederung im gleichen Tempo fortschreitet und der Aufbau Deutschlands und Europas friedlich weitergeht, das Problem der Heimatvertriebenen nicht mehr kennen.“

### Für Status quo im Schulwesen

Der CDU-Verfassungsausschuß tagte

Stuttgart (ZSH). Der Verfassungsausschuß der CDU in den südwestdeutschen Ländern hat in Stuttgart die schulpolitischen Grundsätze für die künftige Südweststaatsverfassung beraten. Der Ausschuß empfahl die Verankerung des Rechtes der Erziehungsberechtigten, d. h. die Mitwirkung von Elternvertretungen an der Gestaltung des Schulwesens und die Anerkennung des Elternwillens als der für alle Erziehungsfragen maßgebenden Grundentscheidung. Die CDU wünscht außerdem für alle Länder die Aufrechterhaltung des Status quo auf dem Gebiet der Schulpolitik mit dem Stichtag des 9. Dezember 1951. Darüber hinaus forderte die CDU die Verstärkung des christlichen Charakters der Schule und der Lehrerbildung im Geist der beiden großen christlichen Bekenntnisse sowie die Sicherung des Religionsunterrichts als eines ordentlichen Lehrfaches nach den Grundsätzen der Kirchen und Religionsgemeinschaften an allen Schulen.

### Ruinenkaserne als Elendsquartier

Freiburg (swk). Seit mehreren Jahren schon wohnen in teilweise zerstörten Häusern einer ehemaligen Kaserne über 100 Menschen in unbeschreiblich unwürdigen Verhältnissen. In einem Wohnblock stehen für 50 Personen drei improvisierte Toiletten und ebenso viele Wasseranschlüsse zur Verfügung. Das Wasser, das von den Decken tropft, ist schneller zu haben. Unter den zahlreichen Kindern führten diese Zustände bereits zu gesundheitlichen Schäden.

### Jugendlicher Messerheld

Freiburg (swk). In Neuenburg im Kreis Mühlheim erhielt ein 29jähriger Arbeiter bei einer nächtlichen Auseinandersetzung zwischen Betrunknen mehrere Stiche in den Unterleib. Die Verletzungen sind lebensgefährlicher Natur. Als Täter ermittelte die Staatsanwaltschaft Freiburg einen Jugendlichen.

### KP-Tarnversammlung aufgelöst

Emmendingen (UP). In Emmendingen wurde von der Polizei eine Versammlung der „Aktionsgruppe gegen die Rekrutierung“ aufgelöst. Es handelte sich um eine Veranstaltung einer getarnten Organisation, deren Veranstalter kommunistische Parteifunktionäre waren. Als Redner war ein Major a. D. Freiherr von Frankenberg und Proschitz vorgesehen, der auch amtlicher Referent im westdeutschen Ausschuß für Volksbefragung und Frieden ist.

### Ein Schaffhauser Bahnhofsneubau

Waldshut (swk/apd). Der Stadtrat von Schaffhausen befaßte sich in seiner letzten Sitzung mit dem dringend notwendigen Ausbau der Schaffhauser Bahnhofsanlagen. Die Arbeiten am Personen- und Güterbahnhof sind mit etwa acht Millionen Schweizerfranken veranschlagt. Die Deutsche Bundesbahn, die an der Erweiterung stark interessiert ist, hat für eine finanzielle Unterstützung des Bauvorhabens bereits ihre Zusage gegeben. Über die Höhe der Beteiligung ist jedoch noch nichts bekannt.

### Als Folge des Rheinseitenkanals

Lörrach (swk). Um die Wasserversorgung der Gemeinde Kleinkembs auf lange Sicht zu sichern, wurde nach der Überleitung der Oberrheinschiffahrt auf die zweite Teilstrecke des klassischen Rheinseitenkanals das in den letzten Jahren neu geschaffene Pumpwerk in Betrieb genommen. Der Abruch des Rheinwassers in den Schiffahrtskanal hat zu einem Absinken des Grundwasserspiegels geführt, so daß das alte Pumpwerk stillgelegt werden mußte.

### Rauschgiftsüchtiger fälschte Rezepte

Lörrach (swk). Die Polizei verhaftete einen rauschgiftsüchtigen Kaufmann, dem zahlreiche Urkundenfälschungen zur Last gelegt werden. Der Verhaftete hat fortgesetzt ärztliche Rezepte gefälscht, um in den Besitz von Narkotika zu kommen. Bei der Vernehmung erklärte er, durch die schmerzhaften Folgen einer Kriegsverletzung sei er auf der Genuß von Rauschgiften angewiesen.

Lörrach. In der oberbadischen Seidenindustrie stehen für Anfang März eine Reihe von Entlassungen sowie Betriebsbeschränkungen durch Übergang zu stark verkürzter Arbeitszeit bevor. Zahlreiche Entlassungen sind schon in diesem Monat ausgesprochen worden. (swk)

Spitze hat schwere Brocken zu verdauen

Erbitterter Kampf um den Abstieg
Süddeutschlands drei Spitzenvereine, Nürnberg, VfB und Offenbach, haben am kommenden Sonntag schwere Brocken zu verdauen...

Es spielen: VfR Mannheim - Kickers Offenbach, Stuttgarter Kickers - Schwaben Augsburg, Viktoria Aschaffenburg - VfB Stuttgart...

Neun Vereine graben einander das Wasser ab

Es geht immer noch um den 2. Platz
Es ist schwer, in der zweiten Liga Süd vorzuzuspringen, wer neben den Ulmer 'Spitzen' als zweiter Verein in die erste Liga Süd aufsteigen wird...

Es spielen: ASV Durlach - Bayern Hof, SSV Reutlingen - ASV Feudenheim, 1. FC Pforzheim gegen Wacker München...

Saarbrücken vor der Meisterschaft

Der Endspurt des 1. FC Kaiserslautern im Südwesten ist zu spät gekommen. Die Saarbrücker haben fünf Punkte Vorsprung gegenüber der Wälder-Elf...



Copyright by Carl Duncker, Berlin, durch Verlag v. Graber & Götz, Wiesbaden (45. Fortsetzung)

Aber Geißelbrecht ist sehr gereizt. Die süße Tour von Knauer ärgert ihn doppelt. 'Nee, reden Sie keinen Stuß!' antwortet er grob...

SPORT-NACHRICHTEN DER EZ

Die deutsche Meisterschaft zu bestehen. Die guten Spiele des Phoenix in der letzten Zeit lassen erwarten, daß sich die Lauterer auf stärksten Widerstand gefaßt machen müssen...

Schwere Hürden für die Spitzenreiter

Nordbadens Spiele in der 1. Amateurliga sind auf dem Höhepunkt angekommen. Es geht nicht nur um Meisterschaft, zweiten Platz und Verbleib, auch der dritte Tabellenrang hat nunmehr Gewicht...

Es spielen: TSV Ottersheim - TSV Rot, SG St. Leon - VfR Mannheim, 42 Weinheim - SV Ketsch...

Letztes Punktspiel des TSV Rot

Der Tabellenführer und Titelverteidiger in Nordbadens Handball, TSV Rot, trägt bereits am kommenden Sonntag sein letztes Punktspiel in dieser Saison aus...

Es spielen: TSV Ottersheim - TSV Rot, SG St. Leon - VfR Mannheim, 42 Weinheim - SV Ketsch...

Button wieder auf dem Wege zur Meisterschaft

Der zweifache Olympiasieger im Eiskunstlauf Dick Button (USA) ist auf dem besten Wege seine fünfte Weltmeisterschaft zu gewinnen...

Es spielen: TSV Ottersheim - TSV Rot, SG St. Leon - VfR Mannheim, 42 Weinheim - SV Ketsch...

Eishockey-Olbmann Walker trat zurück

Der deutsche Eishockeymann Adolf Walker (Stuttgart) hat sein Amt als Obmann des deutschen Eishockeyverbands niedergelegt...

Hildessee Gärtner siegte in Klostern

Am Eröffnungstag der internationalen Personenskiwoche gewann in Klostern (Schweiz) die Deutsche Meisterin Hildessee Gärtner den Riesenslalom...

Eislaufweltmeisterschaft in Paris

In Paris wird vom 28. Februar bis 1. März im 'Palais des Sports' die Eiskunstlauf-Weltmeisterschaft des Jahres 1932 ausgetragen...

Für Deutschland starten nur die Falks

In Paris wird vom 28. Februar bis 1. März im 'Palais des Sports' die Eiskunstlauf-Weltmeisterschaft des Jahres 1932 ausgetragen...

Generalprobe für die Skiflugwoche

Bei ausgezeichnetem Sprungwetter begann auf der Schallenberg-Schanze bei Oberstdorf die 2. internationale Skiflugwoche...

Björnstad führt in Oberstdorf

Mit einem herrlichen, sicher gestandenen 127-m-Sprung erreichte der norwegische Weltmeister Hans Björnstad bei seinem dritten Sprung...

Wetterer Erfolg von Hildessee Gärtner

Im zweiten Wettbewerbs der internationalen Personenskiwoche, dem 'Dorf-Hill-Riesenslalom', siegte bei den Damen auf einer zwei Kilometer langen Piste die Schweizerin Idly Walpöth...

Eislaufweltmeisterschaft in Paris

In Paris wird vom 28. Februar bis 1. März im 'Palais des Sports' die Eiskunstlauf-Weltmeisterschaft des Jahres 1932 ausgetragen...

Für Deutschland starten nur die Falks

In Paris wird vom 28. Februar bis 1. März im 'Palais des Sports' die Eiskunstlauf-Weltmeisterschaft des Jahres 1932 ausgetragen...

Generalprobe für die Skiflugwoche

Luoro vor Uotinen und Sepp Weiler

Bei ausgezeichnetem Sprungwetter begann auf der Schallenberg-Schanze bei Oberstdorf die 2. internationale Skiflugwoche mit den erstmals abgehaltenen Ausscheidungssprüngen...

Björnstad führt in Oberstdorf

Sepp Weiler sprang 124 Meter

Mit einem herrlichen, sicher gestandenen 127-m-Sprung erreichte der norwegische Weltmeister Hans Björnstad bei seinem dritten Sprung...

Wetterer Erfolg von Hildessee Gärtner

Im zweiten Wettbewerbs der internationalen Personenskiwoche, dem 'Dorf-Hill-Riesenslalom', siegte bei den Damen auf einer zwei Kilometer langen Piste...

Eislaufweltmeisterschaft in Paris

In Paris wird vom 28. Februar bis 1. März im 'Palais des Sports' die Eiskunstlauf-Weltmeisterschaft des Jahres 1932 ausgetragen...

Für Deutschland starten nur die Falks

In Paris wird vom 28. Februar bis 1. März im 'Palais des Sports' die Eiskunstlauf-Weltmeisterschaft des Jahres 1932 ausgetragen...

habe und ihren Weltmeistertitel nicht verteidigen werde. Ist nun der Weg frei für Jacqueline du Bief? Immer, wenn die Französin sich mit Jeanette mal, wurde sie auf den nächsten Platz verwiesen...

Pariser Sieg der Falks klarer als in Oslo

Geschwister Kennedy auf dem zweiten Platz

Das deutsche Meisterpaar Ria und Paul Falk ist jetzt zweifacher Welt- und Europameister im Eiskunst- und Rollschuhkunstlauf...

Button zum fünften Mal Weltmeister

Jacqueline du Bief führt bei den Frauen
Der Amerikaner Dick Button konnte bei den Eiskunstlauf-Weltmeisterschaften in Paris seinen fünften Male die Weltmeisterschaft holen...

Button zum fünften Mal Weltmeister

Jacqueline du Bief führt bei den Frauen
Der Amerikaner Dick Button konnte bei den Eiskunstlauf-Weltmeisterschaften in Paris seinen fünften Male die Weltmeisterschaft holen...

Button zum fünften Mal Weltmeister

Jacqueline du Bief führt bei den Frauen
Der Amerikaner Dick Button konnte bei den Eiskunstlauf-Weltmeisterschaften in Paris seinen fünften Male die Weltmeisterschaft holen...

Button zum fünften Mal Weltmeister

Jacqueline du Bief führt bei den Frauen
Der Amerikaner Dick Button konnte bei den Eiskunstlauf-Weltmeisterschaften in Paris seinen fünften Male die Weltmeisterschaft holen...

Button zum fünften Mal Weltmeister

Jacqueline du Bief führt bei den Frauen
Der Amerikaner Dick Button konnte bei den Eiskunstlauf-Weltmeisterschaften in Paris seinen fünften Male die Weltmeisterschaft holen...

Button zum fünften Mal Weltmeister

Jacqueline du Bief führt bei den Frauen
Der Amerikaner Dick Button konnte bei den Eiskunstlauf-Weltmeisterschaften in Paris seinen fünften Male die Weltmeisterschaft holen...

Button zum fünften Mal Weltmeister

Jacqueline du Bief führt bei den Frauen
Der Amerikaner Dick Button konnte bei den Eiskunstlauf-Weltmeisterschaften in Paris seinen fünften Male die Weltmeisterschaft holen...

Button zum fünften Mal Weltmeister

Jacqueline du Bief führt bei den Frauen
Der Amerikaner Dick Button konnte bei den Eiskunstlauf-Weltmeisterschaften in Paris seinen fünften Male die Weltmeisterschaft holen...

Button zum fünften Mal Weltmeister

Jacqueline du Bief führt bei den Frauen
Der Amerikaner Dick Button konnte bei den Eiskunstlauf-Weltmeisterschaften in Paris seinen fünften Male die Weltmeisterschaft holen...

Button zum fünften Mal Weltmeister

Jacqueline du Bief führt bei den Frauen
Der Amerikaner Dick Button konnte bei den Eiskunstlauf-Weltmeisterschaften in Paris seinen fünften Male die Weltmeisterschaft holen...

Button zum fünften Mal Weltmeister

Jacqueline du Bief führt bei den Frauen
Der Amerikaner Dick Button konnte bei den Eiskunstlauf-Weltmeisterschaften in Paris seinen fünften Male die Weltmeisterschaft holen...

Button zum fünften Mal Weltmeister

Jacqueline du Bief führt bei den Frauen
Der Amerikaner Dick Button konnte bei den Eiskunstlauf-Weltmeisterschaften in Paris seinen fünften Male die Weltmeisterschaft holen...

Button zum fünften Mal Weltmeister

Jacqueline du Bief führt bei den Frauen
Der Amerikaner Dick Button konnte bei den Eiskunstlauf-Weltmeisterschaften in Paris seinen fünften Male die Weltmeisterschaft holen...

Button zum fünften Mal Weltmeister

Jacqueline du Bief führt bei den Frauen
Der Amerikaner Dick Button konnte bei den Eiskunstlauf-Weltmeisterschaften in Paris seinen fünften Male die Weltmeisterschaft holen...

Button zum fünften Mal Weltmeister

Jacqueline du Bief führt bei den Frauen
Der Amerikaner Dick Button konnte bei den Eiskunstlauf-Weltmeisterschaften in Paris seinen fünften Male die Weltmeisterschaft holen...

Button zum fünften Mal Weltmeister

Jacqueline du Bief führt bei den Frauen
Der Amerikaner Dick Button konnte bei den Eiskunstlauf-Weltmeisterschaften in Paris seinen fünften Male die Weltmeisterschaft holen...

Button zum fünften Mal Weltmeister

Jacqueline du Bief führt bei den Frauen
Der Amerikaner Dick Button konnte bei den Eiskunstlauf-Weltmeisterschaften in Paris seinen fünften Male die Weltmeisterschaft holen...

Button zum fünften Mal Weltmeister

Jacqueline du Bief führt bei den Frauen
Der Amerikaner Dick Button konnte bei den Eiskunstlauf-Weltmeisterschaften in Paris seinen fünften Male die Weltmeisterschaft holen...

Button zum fünften Mal Weltmeister

Jacqueline du Bief führt bei den Frauen
Der Amerikaner Dick Button konnte bei den Eiskunstlauf-Weltmeisterschaften in Paris seinen fünften Male die Weltmeisterschaft holen...

Button zum fünften Mal Weltmeister

Jacqueline du Bief führt bei den Frauen
Der Amerikaner Dick Button konnte bei den Eiskunstlauf-Weltmeisterschaften in Paris seinen fünften Male die Weltmeisterschaft holen...

Button zum fünften Mal Weltmeister

Jacqueline du Bief führt bei den Frauen
Der Amerikaner Dick Button konnte bei den Eiskunstlauf-Weltmeisterschaften in Paris seinen fünften Male die Weltmeisterschaft holen...

Button zum fünften Mal Weltmeister

Jacqueline du Bief führt bei den Frauen
Der Amerikaner Dick Button konnte bei den Eiskunstlauf-Weltmeisterschaften in Paris seinen fünften Male die Weltmeisterschaft holen...

Button zum fünften Mal Weltmeister

Jacqueline du Bief führt bei den Frauen
Der Amerikaner Dick Button konnte bei den Eiskunstlauf-Weltmeisterschaften in Paris seinen fünften Male die Weltmeisterschaft holen...

Button zum fünften Mal Weltmeister

Jacqueline du Bief führt bei den Frauen
Der Amerikaner Dick Button konnte bei den Eiskunstlauf-Weltmeisterschaften in Paris seinen fünften Male die Weltmeisterschaft holen...

Button zum fünften Mal Weltmeister

Jacqueline du Bief führt bei den Frauen
Der Amerikaner Dick Button konnte bei den Eiskunstlauf-Weltmeisterschaften in Paris seinen fünften Male die Weltmeisterschaft holen...

Button zum fünften Mal Weltmeister

Jacqueline du Bief führt bei den Frauen
Der Amerikaner Dick Button konnte bei den Eiskunstlauf-Weltmeisterschaften in Paris seinen fünften Male die Weltmeisterschaft holen...